

sch  
denken  
ünftig

**NEIN** zur  
Initiative

4. März 2001

komitee-der-vernunft.ch

## 7 Gründe...

### ...für ein NEIN zur EU-Initiative

- 1] Wir denken europäisch und handeln vernünftig. Unser NEIN zu dieser EU-Initiative beruht auf Realismus und staatspolitischer Verantwortung. Wir sagen vor allem NEIN zur sofortigen Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen.
- 2] Die bilateralen Verträge wurden dem Schweizer Volk als vernünftige und zukunftsweisende Annäherung an Europa empfohlen. Weitergehende Forderungen, die kurz nach der Annahme dieser Verträge gestellt werden, zielen am eigentlichen Volkswillen vorbei.
- 3] Die Initiative «Ja zu Europa!» stellt die falsche Frage zum falschen Zeitpunkt. Die Umsetzung sowie der allfällige Ausbau der bilateralen Verträge geniessen zurzeit Priorität. Aussenpolitische Experimente sind heute weder gefragt noch staatspolitisch zu verantworten.
- 4] Die bilateralen Verträge sind in den EU-Staaten noch immer nicht unter «Dach und Fach». Solange diese Verträge nicht in Kraft sind, darf die Schweiz keine weitergehenden Integrationsschritte beschliessen.
- 5] Ein NEIN zu dieser EU-Initiative verschafft die nötige Zeit, die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der drei europapolitischen Optionen – Ausbau der bilateralen Verträge, EWR 2 oder EU-Beitritt – genaustens zu prüfen und in Kenntnis dieser Auswirkungen die richtigen Schritte einzuleiten.
- 6] Die Schweiz wäre heute weder innen- noch wirtschaftspolitisch vorbereitet Beitrittsverhandlungen zu führen.
- 7] Bundesrat und Parlament lehnen die Volksinitiative «Ja zu Europa!» ab. Dies gemäss dem Motto: **«europäisch denken – vernünftig handeln. NEIN zur EU-Initiative».**

... deshalb am 4. März  
**NEIN** zur EU-Initiative!



## Europäisch denken...

### ...NEIN zur EU-Initiative

Im vergangenen Jahr hat das Schweizer Volk die bilateralen Verträge an der Urne gut geheissen. Es hat damit zum Ausdruck gebracht, dass es gute wirtschaftliche und politische Beziehungen mit Europa insbesondere mit der Europäischen Union (EU) pflegen will. Der Wille zur Integration über bilaterale Verträge zeigt auf, dass wir Schweizerinnen und Schweizer europäisch denken. Dieser bilaterale Weg soll in den nächsten Jahren weiter beschritten und allenfalls mit einer erneuten Abstimmung über die Personenfreizügigkeit nochmals überprüft werden. So, wie dies im Abstimmungskampf zu den bilateralen Abkommen allseits versprochen wurde.

## vernünftig handeln...

### ...NEIN zur EU-Initiative

Eine sofortige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU – wie von der Volksinitiative «Ja zu Europa!» gefordert – widerspricht nicht nur allen im Abstimmungskampf zu den Bilateralen abgegebenen Versprechen, sie ist auch staatspolitisch äusserst bedenklich. Beschneidet sie doch traditionelle verfassungsmässige Kompetenzen des Bundes zur Führung der schweizerischen Aussenpolitik. Wir plädieren deshalb für Vernunft und Realismus. Die europäische Umsetzung der Verträge sowie das Sammeln von Erfahrungen sind derzeit wesentlich wichtiger als übereilte und unbedachte Beitrittsforderungen.



**...NEIN zur EU-Initiative**

**...am 4. März 2001**

### **Komitee «NEIN zur EU-Initiative»**

Co-Präsidium:

NR Serge Beck LPS/VD; SR Jean-Claude Cornu FDP/FR; NR Claude Frey FDP/NE; NR Walter Frey SVP/ZH; SR Bruno Frick CVP/SZ; NR Brigitta Gadiant SVP/GR; SR Hans Rudolf Merz FDP/AR; SR Carlo Schmid CVP/AI; NR Walter Schmiéd SVP/BE.

Geschäftsstelle:

Kramgasse 68, Postfach 683, 3000 Bern 7  
Telefon 031 313 28 28, Fax 031 313 28 29  
E-Mail [info@komitee-der-vernunft.ch](mailto:info@komitee-der-vernunft.ch)  
PC 90-142471-1

Wir meinen, dass die Schweiz zuerst Erfahrungen mit dem bilateralen Prozess sammeln, die bilateralen Verträge nach Bedarf ausbauen und die Weiterentwicklung der EU kritisch beobachten soll, bevor die Weichen definitiv in Richtung eines EU-Beitritts gestellt werden. Wir empfehlen deshalb, die EU-Initiative «Ja zu Europa» am 4. März 2001 abzulehnen. Die Initiative stellt **die falsche Frage zum falschen Zeitpunkt mit dem falschen Titel.**